

Beamtinnen und Beamten profitieren vom Tarifabschluss – Hartnäckigkeit der Gewerkschaften zahlt sich aus!

Anfang März hat das Finanzministerium Baden-Württemberg angekündigt den erfolgreichen Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder zeitgleich und systemgerecht zu übertragen. Dies ist ein toller Erfolg und eine Bestätigung der guten Arbeit des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

Besoldung wird rückwirkend zum 1. Januar 2019 erhöht.

Mit einem Schreiben und einem anschließenden Gespräch hat das Finanzministerium gegenüber den Gewerkschaften detailliert ausgeführt, was sie unter einer zeitgleichen und systemgerechten Übertragung verstehen.

Für die Besoldungs- und Versorgungsempfänger bedeutet dies:

- rückwirkend zum 1. Januar 2019 sollen die Dienst- und Versorgungsbezüge um 3,2% erhöht werden
- zum 1. Januar 2020 sollen die Dienst- und Versorgungsbezüge ebenfalls um 3,2% erhöht werden
- zum 1. Januar 2021 sollen die Dienst- und Versorgungsbezüge um 1,4% erhöht werden
- die Anwärtergrundbeträge werden zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 jeweils um 50 € erhöht.

Mit dieser geplanten Umsetzung wird das Gesamtvolumen der Entgeltsteigerungen der abgeschlossenen Tarifrunde der Länder auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Damit erfüllt die Landesregierung erstmals seit langem die Erwartung der DGB-Gewerkschaften „Besoldung folgt Tarif“. Dies begrüßt der DGB Baden-Württemberg ausdrücklich. Zudem will das Finanzministerium die Nachzahlung noch im Sommer veranlassen und zugleich die Wirkungen der steuerlichen Progression mildern.

Trotz Erfolg ist weiterhin Gesprächsbedarf vorhanden

Die schnelle Ankündigung und geplante Umsetzung der Übertragung der Tarifergebnisse ist ein verdientes Zeichen der Wertschätzung der Landesregierung für die gute Arbeit der Beamtinnen und Beamten im Land und bei den Kommunen. Es ist jedoch auch ein Erfolg der vielen Beamtinnen und Beamten, die sich gemeinsam mit und in den DGB-Gewerkschaften für gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst einsetzen.



Bild: DGB BW/D.Gaugler

Trotz dieses Schrittes in die richtige Richtung bei der Besoldung und Versorgung, liegt bei den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst dennoch einiges im Argen. Darauf hat der DGB Baden-Württemberg in den zahlreichen Gesprächen vor, während und nach der Tarif- und Besoldungsrunde immer wieder auf Handlungsbedarfe hingewiesen. So ist Baden-Württemberg beispielsweise eines der wenigen Bundesländer, das auch weiterhin an der 41 Stunden-Woche für die Beamtinnen und Beamten festhält. Auch der Krankenstand in der öffentlichen Verwaltung ist überdurchschnittlich hoch. Für den DGB Baden-Württemberg ist klar, dass auch hier in naher Zukunft etwas geschehen muss. Ein guter Verdienst ist beileibe nicht der einzige Faktor für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

DGB als starke Stimme aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

Der aktuelle Erfolg, aber auch die noch immer ungelösten Probleme sind für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes weiterer Ansporn, sich auch in Zukunft für die Belange und Interessen aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einzusetzen, um gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.